

Staatsangehörigen und ein Rechtssubjekt im Sinne des allgemeinen Völkerrechts geblieben."¹¹

Das Lebensbedürfnis der Werktätigen verlangte, Imperialismus, Faschismus und Militarismus zu überwinden und eine neue Staatlichkeit zu errichten. Es fand seinen komprimierten Ausdruck im Streben, daß nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen dürfe. Dies war ein Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes und entsprach den Beschlüssen der Antihitlerkoalition. Der zu schaffende deutsche Staat mußte nicht nur hinsichtlich seiner Form, sondern vor allem auch in bezug auf seinen sozialen Inhalt, seinen Klassencharakter, neu sein, d. h., er konnte nur im Ergebnis und zugleich als Instrument einer tiefgreifenden revolutionären Umwälzung entstehen.

2.3. Grundlegung einer neuen Staatsmacht und ihres Staatsrechts

2.3.1. Das Aktionsprogramm der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung

Mit ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 stellte die KPD die unmittelbare Aufgabe, den deutschen Imperialismus zu überwinden und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu errichten,^{11 12} mit der die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus eingeleitet werden sollte. Damit entwickelte die KPD zugleich das Programm des Aufbaus einer neuen Staatlichkeit, die von der Arbeiterklasse geführt wird und sich auf ein breites antifaschistisch-demokratisches Bündnis stützt.¹³ Das von der KPD in ihrem Aufruf als unerläßlich begründete antifaschistisch-demokratische Regime, die Schaffung einer „parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“, bedeutete im Inhalt, *eine revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern zu errichten*. Darin drückte sich die Erkenntnis aus, daß die Hauptfrage jeder Revolution die Frage der Macht ist und die Bildung neuer Staatsorgane eine entscheidende Vor-

aussetzung für demokratische Umgestaltungen darstellt.

Das Programm der KPD wurde zum Leitfaden direkter revolutionärer Aktionen. An ihm orientierten sich alle antifaschistisch-demokratischen Kräfte, weil es das Ziel echter Souveränität des Volkes begründete und den Weg wies, diese zu erkämpfen. Seine Forderungen stimmten mit den Beschlüssen der Antihitlerkoalition überein.

Die Ziele der Alliierten wurden auf der Krimkonferenz vom Februar 1945 dank dem Einfluß der Sowjetunion definiert und im Potsdamer Abkommen ausdrücklich bekräftigt. „Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“¹⁴ Alle auf Deutschland bezogenen alliierten Festlegungen nach dem zweiten Weltkrieg verstehen sich im Hinblick auf diese Ziele. Das gilt auch für die Berliner Erklärung der Alliierten vom 5. Juni 1945,¹⁵ die den Besatzungsmechanismus und die Befugnisse der Besatzungsmächte und -behörden regelte, darunter die Übernahme der obersten Regierungsgewalt.

Die Krimdeklaration, das Potsdamer Abkommen und die mit ihnen inhaltlich verknüpften anderen Beschlüsse der Antihitler-

11 Jahrbuch für internationales und ausländisches öffentliches Recht, Bd. I, Hamburg 1948, S. 6.

12 Vgl. Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Berlin 1968, S. 56 ff.

13 Eingehende Darstellungen der Entwicklung von Staat und Recht auf dem Gebiet der DDR enthalten insbesondere: K.-H. Schöneburg, Staat und Recht in der Geschichte der DDR, Berlin 1973 ; Errichtung des Arbeiter-und-Bauern-Staates der DDR 1945—1949, Berlin 1983; Staats- und Rechtsgeschichte der DDR, Berlin 1983; vgl. auch Geschichte der DDR, Berlin 1981; Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriss, Berlin 1978.

14 Völkerrecht. Dokumente, Teil 1, Berlin 1980, S. 135.

15 Vgl. a. a. O., S. 100 ff.